

Fraktionen zur Sache:

Mit dieser Serie gibt das Amtsblatt den Fraktionen im Leipziger Stadtrat Gelegenheit, ihre konkreten Positionen darzulegen. In jeder neuen Ausgabe können sie zu kontrovers diskutierten Themen der Stadtpolitik Stellung nehmen oder Themen aufgreifen, die sich mit kommunalpolitischen Zielen verbinden. Die Autorenschaft der Beiträge liegt bei den einzelnen Fraktionen. Fotos: Stadt Leipzig/M. Jehnichen



DIE LINKE.
Fraktion im Stadtrat zu Leipzig

Dr. Ilse
Lauter

Stadträtin

Das Gesetz zur Erweiterung der Unterhaltsvorschüsse bis zum 18. Lebensjahr und ohne zeitliche Begrenzung soll Kinderarmut in Deutschland bekämpfen. Die Vorschüsse kommen den Kindern Alleinerziehender zugute, deren unterhaltspflichtige Eltern aus verschiedenen Gründen nicht zahlen. Hier springt die Kommune ein und holt sich bestenfalls das Geld von den Säumigen

zurück. In Leipzig betrifft das etwa zehntausend Kinder und Jugendliche. Für viele ist das Geld bitter nötig. Immerhin leben 90 Prozent in Bedarfsgemeinschaften, also von Hartz IV. Doch genau die Harz IV-Gesetze verhindern, dass das Geld da ankommt, wo es dringend gebraucht wird.

Bürokratie wächst, Kinderarmut bleibt

Denn der Vorschuss wird mit anderen Leistungen verrechnet. Die in Bedarfsgemeinschaften Lebenden haben nichts davon. Zur Umsetzung des neuen Gesetzes richtet Leipzig 25 Stellen ein. Die damit und mit den Vorschüssen verbundenen Mehrausgaben sind im städtischen Haushalt mit etwa 10

Mio. Euro pro Jahr angesetzt. Nach dem Konnexitätsprinzip muss die verordnete kommunale Mehrbelastung durch Bund und Land ausgeglichen werden. Davon sind wir allerdings weit entfernt. Der eigentliche Skandal jedoch ist die gesamte Armutsmaschine „Agenda 2010“. Sie gehört auf den Prüfstand und auf den Müllhaufen der Geschichte. ■

